



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/108

Einweise  
auf den Inhalt:

11. Mai 1953  
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Die Normenkontrollklage der SPD	S. 1
Geplatzte Afrika-Träume	S. 3
Manöver gegen Berlin	S. 5
Klare Fronten	S. 7
- Zum Wahlkongreß der SPD in Frankfurt	

Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes

## Neue Möglichkeiten für den Bundesrat

(sp) Die Einreichung der Normenkontrollklage durch die SPD und die übrigen Antragsteller in Karlsruhe ist ein neuer Schritt auf dem konsequenten Wege, eine Antwort auf die Frage zu erzwingen, ob die Verträge mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Die Begründung sagt im einzelnen, worauf sich die Antragsteller bei diesem Vorgehen stützen, d.h. auf die Auffassung der Regierung und des Präsidenten des Bundesrates, daß der Gesetzgebungsvorgang abgeschlossen und damit die Voraussetzung für die Einreichung der Klage geschaffen sei.

Die Antragsteller selbst teilen diese Rechtsauffassung nicht. Aber nachdem die Auffassungen in der Bundesregierung bekannt sind und der zwischen der Bundesregierung und dem Präsidenten des Bundesrates vereinbarte Antrag dem Bundesrat vorliegt, können sie nicht voraussehen, ob der darin zum Ausdruck kommende Standpunkt die Billigung des Bundesverfassungsgerichtes finden wird oder ob das Bundesverfassungsgericht die entgegengesetzte Rechtsauffassung der Antragsteller bestätigen wird, wie es in der Begründung heißt.

Damit ist nach sozialdemokratischer Auffassung dem Bundesrat noch einmal die Möglichkeit gegeben, sich zu seinem im Juni vorigen Jahres einmütig gefaßten und vor kurzem wiederholten Beschluß zu bekennen, den er durch das Zusammenspiel des Kanzlers mit dem

Bundesratpräsidenten und dessen Parteifreunden aufzugeben im Begriff ist, den Beschluß nämlich, daß einer politischen Entscheidung des Bundesrates die Antwort auf die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Verträge vorausgehen habe. Die Blockierung des weiteren Ablaufes im Prozeß der Klärung des ganzen verwickelten Sachverhaltes, die nach der Ansicht in manchen politischen Kreisen bestand, wird, wenn das so war, jedenfalls durch die Einreichung der Normenkontrollklage aufgehoben. Der Bundesrat selbst enthält damit die Möglichkeit, den schlechten Eindruck auszugleichen, der durch die Politik der Selbstaufgabe und des Unterwerfungsabkommens unter dem Willen des Kanzlers in der breitesten Öffentlichkeit entstanden war. Der Grund dafür lag in der Haltung des Bundesratspräsidenten, über das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat einen Antrag einbringen zu lassen, wonach die Gesetze zu den beiden Hauptverträgen für nicht zustimmungsbedürftig erklärt werden, während über die zustimmungspflichtigen Nebengesetze abgestimmt werden soll. Die Absicht ist unverkennbar darin zu sehen, die politische Entscheidung des Bundesrates im Sinne der Kanzler-Politik sozusagen über die Hintertroppe herbeizuführen.

Reinhold Maier ist dabei ganz offenbar unter zunehmend starken Druck vor allem auch aus den Kreisen seiner Parteifreunde gesetzt worden, von den seiner ursprünglichen Haltung entgegengesetzten Bemühungen der Bundesregierung einmal ganz abgesehen. Es ist versucht worden, die Sozialdemokratie auf diese Plattform zu bringen. In der Vorstandssitzung der SPD in Frankfurt a.M. ist aber auch von den Ministern in Baden-Württemberg klar zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht möglich sei, einem solchen Antrag, der selbstverständlich in der Sache einer Zustimmung zu den Verträgen gleichkommen würde, zur Annahme zu verhelfen.

Durch die Einreichung der Kontrollklage wird der Bundesrat also noch einmal in die Lage versetzt, sich dem fortschreitenden Prozeß seiner Entmündigung durch die Bundesregierung zu entziehen. Es ist seine Sache, von dieser Chance Gebrauch zu machen. Dabei scheint es wichtig, zu sagen, daß es sich bei alledem nicht um einen mehr oder weniger technischen Vorgang, sondern um eine eminent politische Frage handelt, die nämlich, von der auch Ollenhauer in Frankfurt sprach - die Achtung vor den verfassungsmäßigen Grundlagen unseres demokratischen Staates darf nicht durch eine Politik der kleinen Feinessen und taktischen Manöverchen untergraben werden. Es wäre gut, wenn der Bundesrat sich nochmal seine Haltung überlegen würde.

Der deutsche "Eurafrika"-Traum

Algier - Mitte Mai

Wenn Frick Aktienpakete seines Kohle-Imperiums an französische Kapitalgruppen verkauft, wenn im Schuman-Plan die Lasten sehr zu Ungunsten der deutschen Bundesrepublik verteilt werden, wenn der Bundeskanzler an der Saar auf Grundrechte des deutschen Volkes verzichtet, so taucht in den Köpfen mancher wohlmeinender Europa-Illusionisten wohl häufig die Idee auf, nun wohl, wir werden uns auf andere Weise schadlos halten für diese Opfer. Sie glauben daran, die deutsche Tüchtigkeit werde sämtliche Hindernisse überwinden, die deutsche Produktionskraft werde sich als der letzten Endes entscheidende Machtfaktor erweisen, und sie träumen vor allem davon, daß sich mit dem europäischen Markt auch der afrikanische für sie erschließen wird. Über Frankreich wollen sie besser an Algier, Marokko und Tunis herankommen, wo sich ein großes Feld für den deutschen Kapitalexpert eröffnen könnte.

Es ist jedoch mehr als zweifelhaft, ob man in Frankreich bereit sein wird als Kompensation für die Konzessionen, die von der deutschen Regierung heute in Europa gemacht werden, den afrikanischen Kontinent brüderlich mit deutschen Kapitalgruppen zu teilen. In "Tunisie France", der Tageszeitung der französischen Siedler, die in Tunis ansässig sind, beschäftigte man sich vor kurzem eingehend mit diesen Wunschträumen von einem "Eurafrika", und zwar von einer Seite, die sowohl der Adenauerregierung sehr wohl gewogen ist als auch der "Einheit Europas" ohne Gleichheit, wie sie heute geplant wird. Dennoch kann man nicht gerade von einer Ermutigung eurafrikanischer Ideen von dieser Seite sprechen.

"Tunisie France" weist darauf hin, daß es in Deutschland Gruppen, Gesellschaften und Personen gibt, die sehr genau verfolgen, was sowohl Frankreich als auch andere Mächte auf dem afrikanischen Kontinent tun. Aber der "schöne Geist der Systematik, der nur allzu oft unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Rheines auszeichnet", das Zusammenstellen von unzähligen statistischen Daten genüge nicht, um dieses Problem zu verstehen. In Deutschland sei "ein großer afrikanischer Traum

geboren worden, der darauf beruht, daß man annähme, es sei in Afrika nicht genügend geschichen und man könne dort noch viel erreichen. In Wirklichkeit seien bereits die vorhandenen Unternehmen in Afrika überkapitalisiert, was nur ein Anzeichen für geringe Rentabilität sei, und dies könne man sich eben in Bonn, Hamburg oder München gar nicht vorstellen. Man rechne nicht damit, daß Afrika eben ein sehr armer Kontinent sei, und daß man auch gewisse menschliche Faktoren in Betracht ziehen müsse. Die Deutschen sollten nicht glauben, daß da wo ein Unternehmen bestehe, man einfach ein zweites deutsches errichten müsse, um den Export zu verdoppeln.

Die "Tunisie-France" versteht durchaus die Notwendigkeit des deutschen Exports, die Dringlichkeit der deutschen Flüchtlingsfrage, sie verliert auch nicht einen Augenblick lang den Glauben an die Notwendigkeit eines geeinten Europa, nur eben wird ebenso höflich wie entschieden abgewinkt, wo es um "Eurafrika" mit deutscher Beteiligung geht. "Wir dürfen uns keineswegs darüber wundern, daß ein solcher "Afriketraum" entstanden ist - vor allem, weil wir Franzosen es waren, die in Straßburg und anderswo als erste von "Eurafrika" gesprochen und diesen Traum den Deutschen suggeriert haben. Seien wir also nicht darüber erstaunt, seien wir darüber auch nicht erschreckt".

Die eurafrikanische Fata Morgana ist gut genug, um großzügig deutsche Konzessionen in Europa einzustreichen, aber französische Kapitalgruppen denken kaum daran, die gleiche Großzügigkeit an den Tag zu legen, wo sie ihrerseits auf Privilegien verzichten müßten. Aber es wäre wohl zu viel zu erwarten, daß diese klare Sprache auch von den Illusionspolitikern verstanden wird.

+ + +

#### Bunker, Bunker, Bunker - das Erbe zweier Weltkriege

h. Das belgische Verteidigungsministerium hat 565 Bunker den Kommunen zur Zerstörung übergeben. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 220, die Hitlers Armee baute, um einen Brückenkopf um Gent zu schaffen, der dann kampflös geräumt werden mußte. Weitere 37 Bunker gehörten zu Igelstellungen, die die belgische Armee in der Provinz Brabant errichtete und die ebenfalls kampflös aufgegeben wurden. Nur der Rest von 240 hatte einmal drei Jahre lang eine feste Frontlinie gebildet - vor fast 40 Jahren. Es handelt sich hier um die deutsche Verteidigungslinie im ersten Weltkrieg in Nordflandern, die man nach dem Kriegsende 1918 als Touristenattraktion stehen ließ. Seit dem zweiten Weltkrieg haben sie ihre Anziehungskraft verloren...

+ + +

Manöver gegen Berlin

Von Willy Brandt, MdB

Während der letzten Wochen und Monate ist den Sozialdemokraten immer wieder entgegen gehalten worden, die Alliierten würden eine direkte Beteiligung Westberlins an den Wahlen zum Bundestag nicht zulassen. Diese Behauptung stand in der schriftlichen Begründung zum Regierungsentwurf für ein Bundeswahlgesetz. Sie wurde im Berliner Abgeordnetenhaus vorgebracht, und sie spielte auch bei den Beratungen des Wahlrechtsausschusses in Bonn noch eine Rolle.

Der Wahlrechtsausschuß hat dann nichtsdestoweniger mit großer Mehrheit beschlossen, den Berlinern das Recht zur direkten Wahl ihrer Abgeordneten zu sichern. Jetzt wird ein neues "Argument" herausgekramt. Bundeskanzler Adenauer erklärte dieser Tage vor Berliner Journalisten, von einem alliierten Veto in der Frage der Beteiligung Berlins an den Wahlen zum Bundestag könne keine Rede sein. Es sei aber aus anderen Gründen unerwünscht, die Berliner mitwählen zu lassen.

Die Sozialdemokraten haben also recht bekommen, wenn sie sich immer wieder gegen die Behauptung wandten, daß die Mitwahl Berlins an einem Veto der Alliierten scheitern müßte. Den Westmächten kann es schließlich egal sein, ob die Berliner Abgeordneten durch unmittelbare Volkswahl oder auf dem Wege über das Landesparlament ermittelt werden. Von deutschem Standpunkt handelt es sich jedoch um einen sehr erheblichen Unterschied. Und es ist peinlich, daß sich interessierte deutsche Kreise eines alliierten Vorbehalts bedienen wollten, der in Wirklichkeit gar nicht geltend gemacht wird.

Adenauer hat nun den Journalisten klarzumachen versucht, daß man Berlin in seiner "Frontlage" die Auseinandersetzungen eines Wahlkampfes ersparen sollte. Der gegenwärtige Bundeskanzler verhält sich dabei einigermaßen konsequent. Er hat nämlich auch im Frühsommer 1949, vor den damaligen Bundestagswahlen, Wahlen in Berlin als "Unsinn" abtun wollen. Damals haben denn auch die alliierten Kommandanten gegen den Willen der drei demokratischen Parteien in Berlin angeordnet, daß die Wahlvorbereitungen einzustellen seien. Der Hinweis auf die Sonderlage Berlins, die keine harte politische Auseinandersetzung zulasse,

ist jedoch mehr als kümmerlich.

Die Berliner haben mehr als einmal bewiesen, daß sie Wahlscheidungen auch in kritischen Situationen durchzuführen in der Lage sind. Bekanntlich wurde im Dezember 1948 inmitten der sowjetischen Blockade gewählt. Außerdem müßten die Berliner im kommenden Jahr auf jeden Fall an die Urnen gerufen werden, da dann die gegenwärtige Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses abgelaufen ist. Der Kanzler bedient sich eines Arguments, das nicht stichhaltig ist. Er schiebt ein wichtiges nationalpolitisches Anliegen beiseite. Denn wenn schon die Sowjetzone jetzt nicht mitwählen kann, muß zumindest das Wahlrecht der Berliner gesichert werden.

Die Beteiligung Berlins an den Bundestagswahlen ist der nächste, wenn auch bescheidene Schritt auf dem Wege einer gesamtdeutschen Politik. Darum hat Erich Ollenhauer diese Forderung in seiner Frankfurter Rede so stark unterstrichen. Der Führer der Opposition hatte sich Anfang dieses Jahres bemüht, in dieser wie in einigen anderen Fragen zu einer Verständigung mit dem Kanzler zu gelangen. Adenauer ist nicht darauf eingegangen, obgleich Ollenhauer ausdrücklich betont hatte, daß seine Partei nichts an einer Änderung der staatsrechtlichen Stellung Berlins gelegen sei. Aus der Umgebung des Bundeskanzlers wurde sogar mit ausgedachten Reaktionen der Sowjets gedroht, um den Berlinern das Wahlrecht streitig zu machen.

Jetzt wird noch darauf verwiesen, daß die Alliierten weiterhin nicht geneigt seien, den Berliner Abgeordneten das volle Stimmrecht einzuräumen. Sie scheinen ihre Vorbehalte vom Mai 1949 zu diesem Punkt aufrechterhalten zu wollen. Für die deutsche Politik kann sich daraus aber nicht die Folgerung ergeben, man etwa den Berliner Abgeordneten im kommenden Wahlgesetz den Stempel der Zweitrangigkeit aufzudrücken. Nach deutschem Recht kann es nicht zweierlei Abgeordnete geben. Auf anderer Ebene liegen die besatzungsrechtlichen Vorbehalte, mit denen man sich in passender Weise auseinanderzusetzen hat.

Es ist das peinliche Gefühl entstanden, daß interessierte deutsche Kreise bemüht gewesen sind, gewisse Hemmungen im alliierten Lager noch zu verstärken, anstatt sie überwinden zu helfen. Solche Manöver gegen das Recht und die Interessen Berlins lassen keinen Weitblick erkennen, sondern zeugen von parteiegoistischer Enge.

Der Weg ist vorgezeichnet

(sp) In einer durch geistige Klarheit und leidenschaftlichen politischen Willen gleichermaßen ausgezeichneten, gründlichen Darstellung der deutschen und der internationalen Situation hat der Vorsitzende der SED, Erich Ollenhauer, auf dem Wahlkongress der SPD in Frankfurt/Main für seine Partei den Startschuss zum Wahlkampf gegeben. Seine grosse, mit der ganzen Wucht stärkster innerer Überzeugungskraft vorgetragene Rede, zusammen mit den aus dem Aktionsprogramm entwickelten zwölf Thesen, wird in den kommenden Monaten Kernstück und Richtschnur der politischen Aufklärungsarbeit der SED sein.

Keine einigermassen wichtige Krave ist ausgelassen worden. Das Programm ist umfassend, fast zu umfassend, um es in wenigen Worten richtig zu würdigen. Je nach persönlichem Standort und Geschmack werden es sehr verschiedene Dinge sein, denen der einzelne die grösste Beachtung beimisst. Aber allgemein fällt doch wohl, wenn man von der Ollenhauer-Rede und den zwölf Thesen ausgeht, die auf den ersten Blick erkennbare grosse innere Geschlossenheit des entstandenen Bildes auf, die enge Verzahnung zwischen den einzelnen Bereichen der Politik und der sozialdemokratischen Auffassung dazu. Es sind Glieder einer einzigen Kette, die hier in wohlgeordneter Schau vor dem Hörer ausgebreitet wird, einer Kette, von der man weiss, dass sie zerreißen muss, wenn man nur eines dieser Glieder herausnimmt.

Zwei Dinge aber scheinen uns entscheidend zu sein, die sich wie ein roter Faden durch die Reize und Leitsätze des Wahlkongresses hindurchziehen: die Gefährdung der demokratischen Zukunft Deutschlands, weniger sogar durch einige radikale Gruppen, als durch die autoritätssüchtige Praxis der Regierung, zum anderen die Bedrohung der letzten Möglichkeiten, zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen, schliesslich auch die Gefahr, durch eine Politik des "rheinisch-römischen Familienidylls", wie der hessische Ministerpräsident Zinn es formulierte, einen tatsächlich wirksamen Zusammenschluss in ganz Europa auf breiter Basis zu erreichen. Würde die Bundesregierung in diesen beiden entscheidenden Punkten eine grundsätzlich andere Stellung annehmen, als es in den letzten Jahren geschehen ist, so wäre schon viel gewonnen. So aber klangen die in

ihrem Inhalt betont sachlichen, wenn auch oft sehr temperamentvoll vorgetragenen Feststellungen Ollenhauers in diesem Punkt fast wie Rufe in der Wüste, da von dieser Regierung und ihren Vertretern gewiß nicht mehr ein Wandel erwartet werden kann. Erst durch eine neue Bundesregierung, in der die SPD Einfluß und Gewicht hat, wird es möglich sein, von Grund auf neue Entscheidungen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur in Deutschland zu treffen.

Alles andere läßt sich zwanglos aus diesen Grundfeststellungen ableiten. Ollenhauer hat davon gesprochen, daß die Bundesregierung und Teile der Bürokratie kein inneres Verhältnis zum Wesen und den Lebensformen der Demokratie besäßen. Das ist der springende Punkt, und hier muß der Hebel angesetzt werden. Die Beispiele, die als Beweis für diese Behauptung angeführt wurden, waren außerordentlich überzeugend, ja zwingend, sie betrafen im einzelnen das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, zwischen Regierung und Opposition, das Verhalten der Regierung und ihrer stärksten Partei zur Wahlgesetzfrage, die Behandlung des Bundesrates durch den Kanzler und andere äußerst betrübliche Vorgänge.

Von Grund auf die Dinge neuordnen, statt mit dem Blick in die Vergangenheit ererbte Positionen neu zu festigen - darauf wird es ankommen. Diese Neuordnung muß sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstrecken, ihr Grundzug wird, so klang es aus den Reden und aus den Leitsätzen vom 10. Mai immer wieder durch, Aufrichtigkeit des Willens sein müssen. Die Regierung hat sie weder im Hinblick auf die demokratische Gestaltung des inneren Lebens in Westdeutschland, noch mit letztem Ernst, im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung aufgebracht. Sie wird das selbstverständlich nie zugeben, aber man hat sich längst daran gewöhnt, sie nach ihren Handlungen und nicht nach ihren Worten zu beurteilen. Die feierlichen Bekenntnisse der SPD auf ihrem Wahlkongreß münden in der Selbstverpflichtung, vor allem auf diesen beiden großen Gebieten für eine radikale Umkehr des Kurses einzutreten. Die Partei freilich wird es nur können, wenn sie dafür die notwendige Anerkennung durch die Wähler erhält.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau



## Kommuniqué des Parteivorstandes

Am 9. Mai, am Vortage des Sozialdemokratischen Wahlkongresses, der den Auftakt für den Wahlkampf der SPD bildet, fand in Frankfurt-Main eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission statt.

Der Vorsitzende, Erich Ollenhauer, gab einen ausführlichen Überblick über die politische Lage, insbesondere im Hinblick auf die grossen internationalen Zusammenhänge wie die besondere deutsche Situation.

"In der gegenwärtigen Situation ist es durchaus denkbar", erklärte Erich Ollenhauer, "dass in absehbarer Zeit ganz neue Momente in die politische Auseinandersetzung kommen. Die Partei muss bereit sein, auch in der Zeit, in der das Parlament seine Tätigkeit eingestellt haben wird und wir in den eigentlichen Wahlkampf hineingehen, auf solche neuen Wendungen zu reagieren. Die Zeit Anfang Juli bis zu den Wahlen wird für die Partei äusserster Anstrengung und Aufmerksamkeit sein. Es besteht kein Zweifel, dass wir auf der einen Seite zwar eine etwas aufgelockerte internationale Situation haben, in der vielleicht die Möglichkeit für eine Entspannung liegt. Aber es gibt auch auf der Seite der Demokratien Kräfte, bei denen die Neigung, zu einer ernsthaften Verständigung zu gelangen, recht gering ist". Ollenhauer fügte hinzu: "Was wir vom Bundeskanzler in den letzten 14 Tagen an Missachtung des Bundesrates erlebt haben, hätte in jedem anderen demokratischen Lande automatisch zum Sturz eines solchen Regierungschefs geführt".

Über Vorbereitungen zur Bundestagswahl sprach Fritz Heine, der ein genaues Bild vom Stand der Arbeiten in der Zentrale und in den Bezirken gab.

Walter Menzel berichtete über die Gründe, die die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion veranlasst haben, gegen das Versammlungsordnungsgesetz zu stimmen.

Der Parteiausschuss bestätigte den Beschluss des Parteivorstandes, dass die Zugehörigkeit des "Bundes für Freiheit und Recht" oder zum "Bund der Verfolgten des Naziregimes" mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar sei. Es wurde empfohlen, sich nicht an den Veranstaltungen der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" zu beteiligen, da es sich um eine Tarn-Organisation der Regierungskoalition handelt.

Nach Abschluss des Wahlkongresses trat der Vorstand der Partei in Anwesenheit mehrerer sozialdemokratischer Ministerpräsidenten und Minister der Länderregierungen zu einer gründlichen Beratung über die verfassungsmässige Vertragssituation zusammen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, am Montag die Normen-Kontrollklagen beim Bundesverfassungsgericht einzubringen.

+ + +